



IST DIE KONSOLIDIERUNG DER RADIKALEN RECHTEN ZURÜCKZUDREHEN?

EINFÜHRENDE WORTE ZUR WSI-STUDIE „DAS UMFRAGEHOCH DER AfD“ VON
ANDREAS HÖVERMANN DURCH ALBAN WERNER, SoFoR

Spätestens seit dem Bericht von Correctiv über ein Geheimtreffen von Funktionären der AfD mit Identitären und Sympathisanten ist die radikal rechte Partei wieder in aller Munde. Doch schon vor dem Skandal blickte man mit einer Mischung aus Sorge, Wut und Resignation auf den Aufstieg der AfD in den Wahlumfragen.

Bundesweit war es der AfD gelungen, sich zwei Jahre nach ihrem damaligen Bundestagswahlergebnis von 10,3 Prozent zu verdoppeln. In den neuen Bundesländern, von denen im Jahr 2024 Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Herbst ihren Landtag neu wählen, war die AfD laut Umfrage mit um die oder gar über 30 Prozent stärkste Partei.

Für das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ist Andreas Hövermann einer Frage nachgegangen, die gewiss viele Menschen umtreibt: Wie konnte es geschehen, dass die Wahlbereitschaft zugunsten der AfD in den vergangenen Jahren so erschreckend stark gestiegen ist?

Das WSI-Erwerbspersonenpanel eignet sich hierzu als Datengrundlage sehr gut, da ihm zehn Erhebungswellen seit April 2020 bis zum Erscheinungszeitpunkt zugrunde liegen, bei denen weit-

gehend dieselben Menschen wiederholt befragt wurden. Hierdurch konnte die Entwicklung der Einstellungen derzeitiger AfD-Wählender im Zeitverlauf nachvollzogen und zwischen AfD-Stammwählerschaft und AfD-Neuwählenden differenziert werden.

Wanderungen zur AfD

Die Studie unterscheidet zwischen AfD-Neuwählenden (die in keiner der vier vorherigen Erhebungswellen, dann aber Mitte des letzten Jahres 2023 angaben, die AfD wählen zu wollen), AfD-Wiederholungswählenden (die in der jüngsten und einer der vorherigen Erhebungswellen eine AfD-Wahlabsicht angaben, dazwischen aber andere Parteien wählen wollten) sowie AfD-Stammwählenden, die in allen fünf letzten Erhebungswellen die AfD als Partei ihrer Wahl angaben.

Von denjenigen, die heute der AfD ihre Stimme gäben, waren laut Studie weniger als die Hälfte bereits bei der jüngsten Bundestagswahl in 2021 Wählende dieser Partei. „Die jetzigen AfD-Wählenden kommen v. a. von der FDP (zwölf Prozent), der Union (zehn Prozent) und der SPD (neun Prozent), seltener von der Linken oder den Grünen (drei bzw. zwei Prozent).“ (S. 8 der WSI-Studie)

Im November 2022 hatte die AfD immerhin schon 61 Prozent ihrer heutigen Wählenden in Um-

fragen für sich gewonnen. Zuletzt hatte die AfD vor allem von Union und FDP Wählende gewonnen. Insgesamt hatten laut WSI-Studie vier von fünf der zuletzt zur AfD gewechselten Befragten zur Bundestagswahl 2021 noch eine der fünf etablierten demokratischen Parteien gewählt.

WER WÄHLT DIE AfD? UND WARUM?

Eine Analyse des Wahlerfolgs einer rechtsextremen Partei



Die Umfragen lassen Schlimmes befürchten: Bei der Wahl des Europäischen Parlaments und bei Landtagswahlen im Osten drohen Erfolge der AfD. Jüngste Veröffentlichungen haben in Erinnerung gerufen, wie demokratiefeindlich und menschenverachtend diese Partei und ihr politisches Umfeld sind. Viele sind aufgeschreckt und demonstrieren für Demokratie und Menschenrechte. Das ist sehr gut.

Wir wollen die Gründe diskutieren, warum die AfD so stark werden konnte. Dazu schauen wir uns aktuelle Studien an, etwa jene vom WSI. Es referiert hierzu Richard Gebhardt, Politikwissenschaftler, Publizist, Referent in der Erwachsenenbildung und Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, u. a. zur „neuen“, extremen und populistischen Rechten in Deutschland.

Referent: Richard Gebhardt,

Freitag, 01. März 2024, 19:30 Uhr,

Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11,
50667 Köln.

Veranstalter: SoFoR, Friedensbildungswerk Köln und Rosa-Luxemburg-Gesprächskreis Sülz-Klettenberg. ◀

Soziodemografische Zusammensetzung

Die soziodemografische Zusammensetzung der AfD-Wählenden folgt inzwischen bekannten Merkmalsbündeln. „Soziodemografisch sind häufiger Männer als Frauen, häufiger Ost- als Westdeutsche, häufiger Menschen ohne Abitur und mit geringen bis mittleren Haushaltseinkommen unter den AfD-Wählenden zu finden. Zudem geben überdurchschnittlich häufig Personen zwischen 30 und 49 Jahren an, AfD zu wählen.“ (S. 39)

Nicht nur für das WSI von Interesse sind der auffällig hohe Anteil an Arbeitern und Arbeiterinnen sowie die häufigere Zustimmung zu Aussagen, wonach man schlechtere Arbeitsbedingungen erlebe, der Lohn als nicht angemessen und die Wertschätzung durch Arbeitgeber und Vorgesetzte als zu gering empfunden werden.

Bei den Neuwählenden der AfD hingegen ist der WSI-Studie zufolge eine Normalisierung verzeichnen. Nicht nur gleicht die Alterszusammensetzung der AfD-Neuwählenden stärker derjenigen Alterszusammensetzung aller Erwerbspersonen, sondern ihr finan-

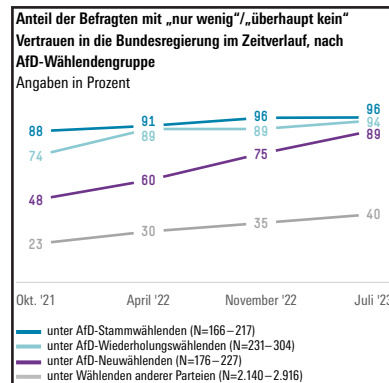


Abb. 19 der WSI-Studie, S. 21

zielles Polster ist auch zumindest stärker als das der AfD-Stammwähler.

Misstrauen, Sorgen und Belastungen

Unübersehbar am stärksten unterscheiden sich die Wählenden der AfD im Hinblick auf ihr Institutionenvertrauen. Während unter den Wählenden anderer Parteien 23 Prozent der Bundesregierung nach der Bundestagswahl wenig bis gar nicht vertrauten, waren es bei den AfD-Stammwählenden 88 Prozent; im Juli 2023 lagen die Werte dieser beiden Gruppen dann bei 40 und 96 Prozent.

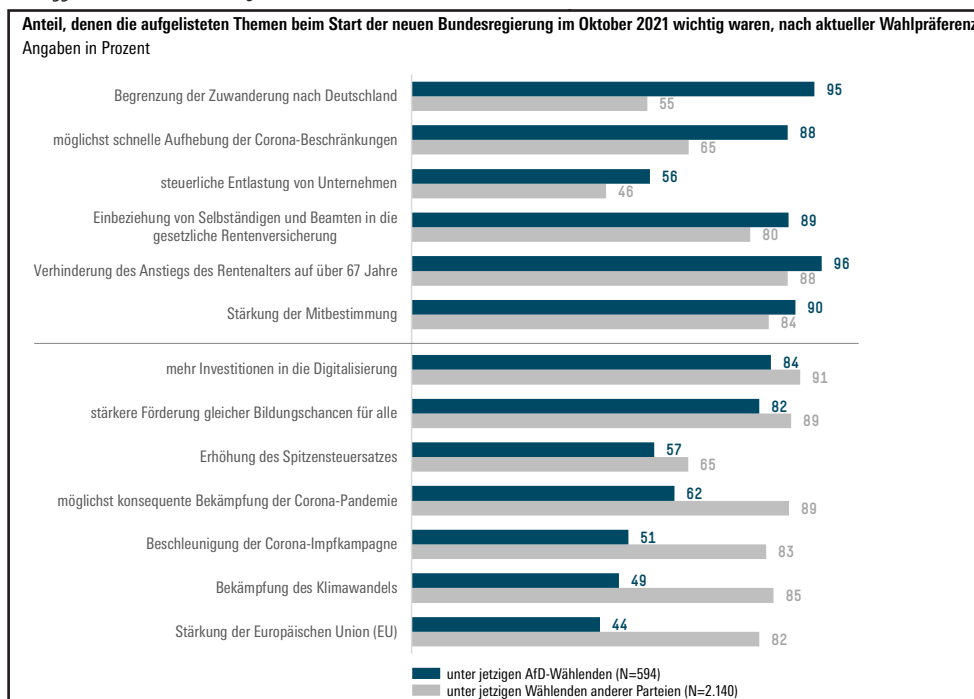
Im selben Zeitraum stieg bei den AfD-Neuwählenden der An-

teil von 48 auf 89 Prozent, sie hatten also fast mit der Stammwählerschaft gleichgezogen. Auch das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien sank von einem mehrheitlichen Vertrauen bis unter ein Drittel. Zugleich wird keiner Partei von Teilen ihrer Wählerschaft so großes Vertrauen entgegengebracht wie der AfD: „Knapp 18 Prozent ihrer Wählenden geben ein ‘sehr großes Vertrauen’ an (Grüne zum Vergleich: acht Prozent).“ (S. 22) Die These, die AfD sei eine Protestpartei Missverständener, ist also weniger denn je haltbar. Im Vergleich zu den Wählenden anderer Parteien ist das Elektorat der AfD deutlich stärker besorgt um steigende Preise (71 gegenüber 42 Prozent), um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (65 gegenüber 35 Prozent), um ihre Altersabsicherung (55 gegenüber 33 Prozent), um das Halten ihres Lebensstandards (47 gegenüber 23 Prozent) sowie um die eigene wirtschaftliche Situation (38 gegen 19 Prozent). Auch empfinden sie im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien stärkere finanzielle Belastungen.

Nach den aus ihrer Sicht wichtigsten Themen beim Start der Ampelregierung im Herbst 2021 gefragt, nannten AfD-Wählende mit 95 Prozent die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland (gegenüber 55 Prozent bei den Wählenden anderer Parteien) sowie eine möglichst schnelle Aufhebung der Corona-Beschränkungen (88 gegenüber 65 Prozent), während für sie die möglichst konsequente Bekämpfung der Corona-Pandemie (62 gegenüber 83 Prozent), die Beschleunigung der Corona-Impfkampagne (51 gegenüber 85 Prozent) oder die Stärkung der EU (44 gegenüber 82 Prozent) auffällig geringere Priorität hatten.

Wählende der AfD neigten nicht nur während der Pandemie

Abb. 33 der WSI-Studie, S. 29



zu größerem Misstrauen und mehr verschwörungsideologischen Erklärungen zu den Corona-Schutzmaßnahmen. Nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine sprachen sie sich überdeutlich häufiger für eine restriktive und unempathische Linie gegenüber Geflüchteten aus dem angegriffenen Land aus. Auch hier zeigte sich eine erhebliche Nähe zu verschwörungsideologischen Deutungen: Der Aussage, der Krieg werde genauso dramatisiert wie die Pandemie, stimmten im November 2022 nur 19 Prozent der Wählenden anderer Parteien zu, aber 54 Prozent der AfD-Wählenden. Der Aussage, die NATO habe Russland zum Krieg provoziert, wollten nur 14 Prozent der Wählenden anderer Parteien, aber 49 Prozent des AfD-Elektorats zustimmen.

Schlussfolgerungen

Für das Handeln linker, gewerkschaftlicher und sozialistischer Politik enthält die Studie wichtige

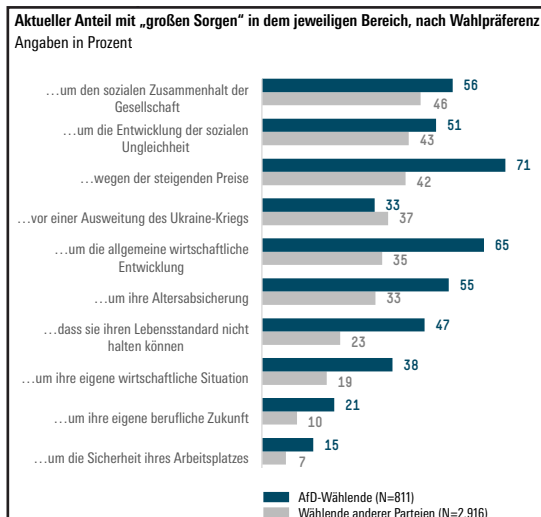


Abb. 25 der WSI-Studie, S. 23

Hinweise. Sie bringt unmissverständlich zum Ausdruck: „Wer AfD wählt, macht dies nicht trotz, sondern wegen ihrer migrationsfeindlichen Positionen. AfD-Wählende, die sich enttäuscht von etablierteren demokratischen Parteien abwenden und gleichzeitig nicht die rechten Positionen der AfD in Migrationsfragen teilen, finden sich kaum in den Daten.“ (S. 41)

Zugleich enthält sie aber Spuren von Hoffnungsschimmer, insofern die Neuwählenden der AfD wahrscheinlich zu dieser stießen, weil sich das Niveau ihrer Sor-

gen und empfundenen Belastungen nach oben hin dem der AfD-Stammwählerschaft anpasste. Die Neuwählenden bringen der AfD weniger Vertrauen entgegen als die angestammte Anhängerschaft.

Diese Neuwählenden „gilt es mit anderen als mit migrationsfeindlichen Positionen anzusprechen – mit Positionen, die im Stande sind, ihre sozialen und finanziellen Sorgen abzumildern. Gute Politik, die Probleme und empfundene Ungerechtigkeiten angeht und löst, kann dafür sorgen, dass Menschen wieder Vertrauen in die Politik fassen.“ (S. 42) Für diese gute Politik sollten Linke, Sozialistinnen und Sozialisten streiten, solange noch Zeit ist. ◀

Hövermann, Andreas: Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, in: WSI-Report Nr. 92, Nov. 2023, Düsseldorf, <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008748>. ◀



DIE GESELLSCHAFTLICHE LINKE UND DAS EIGENTUM

ALEXANDER RECHT, SoFoR, SCHAUT ZURÜCK UND NACH VORN

Im 21. Jahrhundert dominiert zwar nach wie vor das bürgerliche Eigentum, doch es gibt etliche Veränderungen im Vergleich zum Beginn des Kapitalismus.

Die Ausgangslage im 21. Jhd.

Die Produktivität ist bei verbesserten technologischen Bedingungen deutlich höher als früher. Wir begegnen einem Wachstum von Produktionsmitteln und Waren, bei dem der Stoffdurchsatz stärker steigt als deren Werte. Dadurch ist zwar das Problem des absoluten Mangels vielerorts gelöst, aber

neue Probleme sind hinzugekommen: ökologische Gefährdungen durch Stoffverbrauch, ökonomische Probleme durch Überakkumulation und Unterkonsumtion sowie zunehmende relative Armut und soziale Spaltung. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Privatem und Öffentlichem auf kapitalistischer Grundlage demokratisiert und ausdifferenziert.

All diese Aspekte sind bei der Eigentumsfrage zu beachten und stellen der Linken keineswegs leicht zu lösende Aufgaben.

Nicht triviale Aufgaben

In der kapitalistischen Gegenwart geht es für Linke nicht simpel um mehr Staatseigentum, sondern um mehr Gemeinbesitz und eine kooperative und demokratische Regulation, die die Profitlogik und die Konkurrenz einschränkt. Dies ist nicht trivial.

Erstens ist der bürgerlichen Gesellschaft die Besonderung des Staates zu eigen. Der Staat ist weder das bewusst geschaffene Instrument einer herrschenden Klasse, noch die Verkörperung eines

demokratischen Volkswillens, noch ein selbstständig handelndes Subjekt, sondern ein umkämpftes soziales Verhältnis zwischen Individuen, Gruppen und Klassen. Zweitens müssen in staatlichen Unternehmen alle Stakeholderbeziehungen ins Visier genommen sowie ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Partizipation austariert werden. Drittens ist der Staat zwar eine Form der Öffentlichkeit, aber nicht die einzige: Es gibt auch andere gemeinnützige Eigentumsformen.

Auf dem [SoFoR-Seminar 2023](#) ging es daher um eine sorgfältige Befassung mit dem bürgerlichen Eigentum im 21. Jahrhundert und möglichen Alternativen zu ihm.

Gemeinnutz neben dem Staat

Uwe Hass [referierte](#) als erster zu den Stromrebellin in Schönau. Zu lange hatte der Staat als materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses zu wenig von sich aus erneuerbare Energien gefördert. Folglich nahmen Bürger dort die Dinge selbst in die Hand und gründeten eine Energiegenossenschaft. Demokratisches Engagement für Daseinsvorsorge findet also auch neben dem Staat statt und kann neue Wege ebnen, die der Staat erst später selbst beschreitet.

In ähnlicher Richtung [referierte](#) Hans Günter Bell. Als Anfang der 90er nicht nur die private, sondern auch die staatliche Wohnversorgung zu wenig bezahlbaren Wohnraum schuf, gründete sich das Miethäuser-Syndikat als Verbund gemeinwohlorientierter Projekte, die bezahlbare Räume schaf-

fen, die nicht von Verkauf bedroht und bezahlbar sind. Ökonomischer Effizienz wird Genüge getan, indem Kostenmieten verlangt werden, die nach Abtragung von Zins und Tilgung Überschüsse generieren, die für weitere Projekte bereitgestellt werden. Diese beiden Beispiele zeigen die Bedeutung einer nicht gewinnmaximierenden Regulation neben dem Staat.

Gemeinnutz durch den Staat

Doch auch Staatseigentum bleibt wichtig. Ulf-Birger Franz [zeigte](#), dass schon die 53 Thesen des PMS von 1989 einen Sozial- und Infrastrukturstaat als Pionier bei Investitions- und Innovationsaufgaben und der Bündelung finanzieller und administrativer Mittel forderten.

Alban Werner [referierte](#), wie der Hang zur Privatisierung gestoppt und Rekommunalisierung über das linke Spektrum hinaus zum Trend wurde: wegen besserer demokratischer Kontrolle und Einfluss bei öffentlichem Eigentum sowie schlechter Leistungserbringung und sozialen und ökologischen Mängeln bei Privatisierung. Der Umschwung zur Rekommunalisierung beruht also auf der Option für problemorientiertes Handeln, führt aber noch nicht automatisch zu emanzipatorisch-transformatorischem Handeln.

Denn in öffentlichen Unternehmen ist, wie ich [referierte](#), demokratisch zwischen uneinheitlichen Ansprüchen verschiedener Stakeholder zu vermitteln. Es entstehen Konflikte zwischen öffentlichen Unternehmen und Parlamenten, zwischen Managern und Mitarbeitern in öffentlichen Unternehmen sowie zwischen öffentlichen Unternehmen und Bürgern, sei es in deren Rolle als Souverän, als Kunden oder als Aktivisten in sozialen Bewegungen. Hinzu kommen Konflikte öffentlicher Unternehmen mit Lieferanten und Mitbewerbern sowie regulatorische Probleme der Gesamtkonomie.

Neue Wege suchen

Die Forderung nach Komplettverstaatlichung ist falsch. Die DDR mit wenig Demokratie, viel Plan und wenig Markt, kaum produktivem Privateigentum sowie übergriffigem Staat war keine taugliche Alternative, wie ich [referierte](#).

Es müssen neue Wege demokratischen Eigentums gefunden werden, wie Hans Günter Bell [referierte](#). In der Wohnungswirtschaft kann z. B. von der grundgesetzlich erlaubten Vergesellschaftung Gebrauch gemacht werden, falls der Wohnraum von einer öffentlichdemokratisch kontrollierten Institution verwaltet wird. So möchte die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ privaten in gesellschaftlichen Wohnraum überführen, zur Ermittlung der Entschädigungshöhe faire Mieten heranziehen und erwirken, dass Mieten bestehender Wohnungen nur mäßig steigen, Wohnraum der Profitorientierung entzogen und der gemeinwohlorientierte Wohnungssektor gestärkt wird, der durch seine Bautätigkeit für günstigen neuen Wohnraum sorgt.

Die Diskussion zum Thema ist noch nicht vorbei. Geplant sind zwei weitere Veranstaltungen. ◀

Zwei Veranstaltungen zur Eigentumsfrage

- Eine Onlineveranstaltung im Juni mit Jürgen Leibiger zum Eigentum im 21. Jahrhundert sowie
- ein Theoriekreis im vierten Quartal zur Vergesellschaftungsforderung der IG Metall in den 80er Jahren. ◀

Impressum

Herausgeber und Kontakt: Verein zur Förderung der politischen Kultur, Postfach 210606, 50531 Köln.

E-Mail: info@sf-rheinland.de.

Redaktion + Layout: Alexander Recht.

V.i.S.d.P: Hans Lawitzke und Hajra Spanke.

SoFoR-Seminar im Herbst 2024 zum Thema „Demokratie in Gefahr“

Das SoFoR wird sich auch weiterhin mit der erstarkten radikalen Rechten befassen und vom 21.-24.10.2024 im bergischen Haus UnterLinden in Wermelkirchen ein Seminar zur „Demokratie in Gefahr“ ausrichten. ◀